

Eine "Führerentscheidung" zur "Endlösung"?

Neue Ansätze in einer alten Diskussion / Von Ulrich Herbert

Neue Zürcher Zeitung, 14./15.3.1998

Der Berliner Historiker Christian Gerlach hat unter dem Titel "Die Wannsee-Konferenz, das Schicksal der deutschen Juden und Hitlers politische Grundsatzentscheidung, alle Juden Europas zu ermorden" (Werkstatt Geschichte 8, November 1997, Ergebnisse-Verlag Hamburg) einen Aufsatz vorgelegt, in welchem er für sich nicht weniger in Anspruch nimmt, als die von der zeitgeschichtlichen Forschung seit Jahrzehnten wie keine andere heftig umstrittene Frage, ob Adolf Hitler selbst einen Befehl zur "Endlösung der Judenfrage" erteilt habe - und wenn ja, wann - , nun beantworten zu können: Am 12. Dezember 1941 habe der "Führer" in einer Rede vor den in seinen Privaträumen in der Neuen Reichskanzlei versammelten Reichs- und Gauleitern der NSDAP seine "politische Grundsatzentscheidung" getroffen bzw. bekanntgegeben, wonach alle Juden im deutschen Machtbereich zu ermorden seien. Dieser Aufsatz ist in der deutschen Öffentlichkeit auf großes und bislang durchweg positives Echo gestoßen, so in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der *Zeit*, und, besonders ausgeprägt, in der *Berliner Zeitung*, wo der Redakteur Götz Aly, selbst ein renommierter deutscher Holocaustforscher, davon sprach, Gerlach habe "den archimedischen Punkt" der politischen Entstehungsgeschichte des Holocaust gefunden, seine Begründung sei schlichtweg "genial".

Gerlach hat für seine These - denn den Text der Rede kann er nicht vorweisen - eine Indizienkette aufgebaut, die, wie dies in der Forschung über die NS-Zeit wegen des Fehlens wichtiger Überlieferungen nicht selten ist, auf der Analyse verschiedener Texte und Kontexte, der Kombination verschiedener Entwicklungsstränge und Entscheidungsebenen beruht. Hierbei stehen drei Punkte im Vordergrund:

Zum einen das Datum. Hitler, so Gerlach, habe diese Rede in unmittelbarer Reaktion auf den Kriegseintritt der USA nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor gehalten. Mit diesem Ereignis war nun in der Tat diejenige Situation eingetreten, welche die Deutschen seit langem am meisten gefürchtet hatten: Im Westen war der Krieg gegen England ergebnislos abgebrochen worden. Um England "in die Knie zu zwingen", hatte Hitler im Sommer 1940 den "Feldzug" gegen die Sowjetunion befohlen. Dieser Krieg aber mußte siegreich beendet sein, bevor die USA in den Krieg eintraten; andernfalls würden sich die deutschen Siegeschancen erheblich verschlechtern. Nun aber kam alles zusammen: Der deutsche Vormarsch im Osten war gestoppt, die Rote Armee stand vor der Gegenoffensive; die deutschen Verluste waren mit mehr als 150.000 Mann bereits gravierend; die deutsche Rüstungsindustrie war auf einen lang andauernden Abnutzungskrieg, wie er nun bevorstand, nicht vorbereitet. Hitlers Strategie lag in Scherben.

Die deutschen Reaktionen auf diese Situation waren drastisch: Die deutschen Truppen wurden erheblich vergrößert, die deutsche Rüstungsindustrie reorganisiert; Millionen ausländischer Zwangsarbeiter wurden für den "Reichseinsatz" rekrutiert; die Terrormaßnahmen gegen jeden tatsächlichen oder potentiellen Widerstand in ganz Europa massiv verschärft. Nunmehr, das war das von all diesen Veränderungen ausgehende Signal, ging es ums Ganze, und nur mit

denkbar radikalen, "rücksichtslosen" Methoden war das Blatt zu wenden.

Zweitens Hitlers "Prophezeiung". Am 30. Januar 1939 hatte Hitler in einer Rede vor dem Reichstag erklärt: "Wenn es dem internationalen Finanzjudentum inner- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkriege zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa". Diese "Prophezeiung", die Hitler selbst später auf den Beginn des Krieges gegen Polen am 1.9.1939 umdatiert hatte, um auf diese Weise die darin enthaltene Drohung zu bekräftigen, war seither von ihm selbst immer wieder einmal aufgegriffen und wiederholt worden. Machttechnisch diente die durch die Ereignisse vermeintlich bestätigte "Prophezeiung" Hitlers in diesem wie in anderen Fällen der Bestätigung der außergewöhnlichen, charismatischen Eigenschaften des "Führers", welcher anders als gewöhnliche Menschen die Dinge eben voraussehen könne. Noch in der Reichstagssitzung am 11. Dezember 1941, also am Tag der deutschen Kriegserklärung an die USA, bezog sich Göring auf eben diese "Prophezeiung" Hitlers. Denn in der Optik der Nationalsozialisten war erst durch den Eintritt der USA dieser Krieg von einer innereuropäischen Auseinandersetzung zu einem "Weltkrieg" geworden. Daß die amerikanische Regierung, nicht anders als die sowjetische, von Juden gesteuert würde, entsprach der Überzeugung nahezu der gesamten deutschen Führung, weit über die "radikalen Nazis" hinaus, und auch in der deutschen Bevölkerung war diese Ansicht verbreitet. Daß Hitler in dieser Situation den Juden die Schuld an diesem Weltkrieg gab, war also in mehrerer Hinsicht zu erwarten. Zum einen konnte in der Weltsicht der Nationalsozialisten das gewendete Kriegsglück schlechterdings nicht auf die Fehleinschätzungen und Fehlleistungen der Deutschen und ihres "Führers" selbst zurückgeführt werden; vielmehr wurden hier wie auch sonst die entstandenen Probleme auf das Wirken jener Gruppe zurückgeführt, der auch die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg und der deutsche Niedergang nach 1918 angelastet wurde, die Juden. Wenn aber die Juden einen "Weltkrieg" entfesselt hatten, um die Deutschen mithilfe der von ihnen abhängigen Regierungen zu vernichten, gab es für Hitler und seine Anhänger nun auch keinen rechtlichen oder moralischen Grund mehr, vor einer Vernichtung der Juden zurückzuschrecken.

Drittens die Überlieferung. Am 12. Dezember 1941, so Gerlach, habe Hitler die Reichs- und Gauleiter nach Berlin eingeladen und ihnen im Sinne des eben Ausgeführten seine "politische Grundsatzentscheidung" mitgeteilt, die europäische Judenheit restlos zu vernichten.

Hier treten allerdings einige Probleme in der Beweisführung und Belegstruktur auf. Es gibt zwei Fernschreiben vom 9.12. 1941, die etwas ungenau auf Einladungen zu einer solchen Besprechung verweisen; ein Redemanskript liegt nicht vor. Gerlachs Vermutungen basieren im wesentlichen auf vier Hinweisen, die sich in Unterlagen und Notizen der Mitarbeiter Hitlers aus diesen Tagen finden: Am wichtigsten ist dabei jene oft zitierte Notiz des Propagandaministers Goebbels in seinem Tagebuch unter dem 13.12.1941: "Bezüglich der Judenfrage ist der Führer entschlossen, reinen Tisch zu machen. Er hat den Juden prophezeit, daß, wenn sie noch einmal einen Weltkrieg herbeiführen würden, sie dabei ihre Vernichtung erleben würden. Das ist keine Phrase gewesen. Der Weltkrieg ist da, die Vernichtung des Judentums muß die notwendige Folge sein. Diese Frage ist ohne jede Sentimentalität zu betrachten. Wir sind nicht dazu da, Mitleid mit den Juden, sondern nur Mitleid mit unserem deutschen Volk zu haben. Wenn das deutsche Volk jetzt wieder im Ostfeldzug an die 160 000 Tote geopfert hat, so werden die Urheber dieses blutigen Konflikts dafür mit ihrem Leben bezahlen müssen."

Nun hatte Hitler seine "Prophezeiung" auch zuvor schon oftmals in Erinnerung gerufen, zuletzt im Januar, im August und im Oktober 1941. Insofern formulierte Goebbels hier keine neue Auffassung Hitlers. Vor allem aber ist von der Bekanntgabe einer "politischen Grundsatzentscheidung" bei der Ansprache vor den Reichs- und Gauleitern gar keine Rede. Hätte Hitler seiner Äußerung, wie Gerlach annimmt, aber den Charakter einer expliziten "Entscheidung" gegeben, was einer Weisung, ja einem Befehl gleichgekommen wäre, so fragt sich, aus welchem Grund Goebbels dies nicht vermerkt haben sollte - und auch sonst niemand.

Gerlach führt noch drei weitere Belege an. Am 18. Dezember 1941 trafen Himmler und Hitler zu einer Besprechung zusammen. Als Ergebnis notierte sich Himmler hinter dem Stichwort "Judenfrage" die Bemerkung: "als Partisanen auszurotten". Gerlach sieht darin eine Bestätigung seiner Auffassung, dies sei als Sprachregelung der eine Woche zuvor von Hitler gegebenen Weisung anzusehen; wenngleich er konzediert, daß die Stelle nicht eindeutig zu interpretieren sei. Nun könnte man eine solche Notiz durchaus in enge Verbindung zu der Tage zuvor verkündeten "Führerentscheidung" stellen, wenn denn gesichert wäre, daß eine solche Entscheidung überhaupt getroffen und verkündet worden sei. Gerlach aber führt sie als besonders wichtigen *Beleg* für die Existenz einer solchen Entscheidung an und interpretiert sie zugleich unter der Voraussetzung, daß diese Entscheidung verkündet worden sei. Das ist methodisch problematisch. Ohne diesen spekulativen Kontext aber bleibt der genaue Sinn der Notiz unklar. Bezieht sie sich auf die Sowjetunion? Hat Hitler gegenüber seinem Reichsführer SS eine Art von Sprachregelung ausgegeben: die Juden seien die Kerngruppe des antideutschen Widerstands aus der Zivilbevölkerung in Europa und als solche auszurotten? Unzweifelhaft aber signalisiert diese Notiz die Bereitschaft Hitlers zum Judenmord - in welchem Ausmaß, in welchem Kontext ist vorderhand jedoch nicht eindeutig zu klären.

Dies gilt auch für die dritte Notiz, die Gerlach anführt, diesmal von dem "Ostminister" Rosenberg. Dieser habe am 16. Dezember 1941 Hitler ein Redemanuskript "zur Genehmigung" vorgelegt - an sich schon ein merkwürdiger Umstand, weil sich Hitler in der Regel um die Reden seiner Minister nicht zu kümmern pflegte. Über die Unterredung notierte Rosenberg, Hitler habe zunächst bemerkt, "die Rede sei ja vor der Kriegserklärung Japans erfolgt, also unter anderen Voraussetzungen...Über die Judenfrage sagte ich, daß die Anmerkungen über die New Yorker Juden jetzt nach der Entscheidung etwas geändert werden müßten. Ich stände auf dem Standpunkt, von der Ausrottung des Judentums nicht zu sprechen. Der Führer bejahte diese Haltung und sagte, sie hätten uns den Krieg aufgebürdet und sie hätten die Zerstörung gebracht, es sei kein Wunder, wenn die Folgen sie zuerst träfen." Diese Notiz belegt zunächst erneut, daß Hitler tatsächlich im Sinne seiner "Prophezeiung" dachte. Ob sich diese Notiz jedoch auf eine vier Tage zuvor gefällte "politische Grundsatzentscheidung" Hitlers bezieht, ist allerdings keinesfalls "zwingend", wie Gerlach meint. Die Bemerkung "jetzt nach der Entscheidung" bezieht sich möglicherweise eher auf die nun gefallene Entscheidung für den Kriegseintritt der USA. Und ganz unverständlich ist es, wieso Hitler der Auffassung seines Ministers, von der Ausrottung des Judentums nicht sprechen zu wollen, zustimmte - noch dazu mit der (dem nun erneut widersprechenden) stereotypen Wiederholung seiner "Prophezeiung". Aus Geheimhaltungsgründen? Die Rede Rosenbergs ist erhalten. Sie ist in Bezug auf Deutlichkeit und drastische Wortwahl gegenüber den Juden kaum zu übertreffen. Und - hätte Hitler vier Tage zuvor eine solche explizite Weisung für die "Endlösung" erteilt, warum hätte Rosenberg auch in diesem Gespräch jeden Hinweis darauf vermeiden sollen? Die Notiz Rosenbergs ist in vieler Hinsicht interessant; eines ist sie aber gewiß nicht: ein "zwingender" Beleg für die These von Hitlers Entscheidungsrede am 12. Dezember.

Am gleichen Tag, dem 16. Dezember, hielt der "Generalgouverneur" im besetzten Polen, Hans Frank, auf einer Sitzung seiner "Regierung" eine Rede, in welcher er, so Gerlach, "mehrmals deutlich auf Hitlers Bekanntgabe der Entscheidung am 12. Dezember anspielte": "Mit den Juden - das will ich Ihnen auch ganz offen sagen - muß so oder so Schluß gemacht werden. Der Führer sprach einmal das Wort aus: wenn es der vereinten Judenschaft wieder gelingen wird, einen Weltkrieg zu entfesseln, ...dann wird der Jude in Europa sein Ende gefunden haben...Ich möchte Sie bitten: einigen Sie sich mit mir zunächst ...auf die Formel: Mitleid wollen wir grundsätzlich nur mit dem deutschen Volke haben, sonst mit niemandem auf der Welt...Ich muß auch als alter Nationalsozialist sagen: wenn die Judenschaft in Europa den Krieg überleben würde, ...dann würde dieser Krieg doch nur einen Teilerfolg darstellen." Frank, der in der gleichen Rede andeutete, daß demnächst bei einer Besprechung in Berlin (der später dann sogenannten "Wannseekonferenz" vom 20. Januar 1942) "Eingriffe" besprochen werden würden, "die irgendwie zu einem Vernichtungserfolg führen", bezieht sich hier deutlich auf Hitlers "Prophezeiung" - aber keineswegs auf eine kürzlich bekanntgegebene "Grundsatzentscheidung" Hitlers, sondern auf eine offenbar länger zurückliegende Situation, in welcher Hitler bekanntlich einmal das Wort ausgesprochen habe, wonach der Weltkrieg zur Vernichtung der Juden führen werde. Ein Bezug auf eine Hitlerrede am 12. Dezember ist nirgends zu erkennen; und auch hier bliebe zu fragen, warum Frank, wie alle anderen, jeden Bezug auf eine verkündete Hitler-Entscheidung so strikt hätte vermeiden sollen? Der Hinweis, Hitler habe nach außen nicht mit einer solchen Weisung in Verbindung gebracht werden wollen und deshalb striktes Stillschweigen verordnet, trifft vermutlich einen richtigen Punkt. Nur waren es diese Motive, die Hitler generell und über Jahre hinweg dazu veranlaßt haben, sich jedweder Festlegung oder gar Befehlsgebung in dieser Sache zu enthalten. Daß er davon nun abgewichen sein soll und im Gegensatz zu seinem sonst üblichen Verhalten eine explizite Grundsatzentscheidung zur Ermordung der europäischen Juden vor einem doch vergleichsweise großen Kreis bekanntgegeben haben soll, ist schon von daher etwas zweifelhaft; und noch vielmehr, daß kein einziger der mehr als 50 Teilnehmer dieser Unterredung sich jemals direkt darauf bezogen haben soll. Denn zum einen wären ja zeitgenössisch durch einen Hinweis auf eine erfolgte Führerweisung jeder Zweifel, jede Zurückhaltung bei der Durchsetzung dieser Weisung leicht auszuschalten gewesen; und doch gibt es keinen einzigen Hinweis darauf - auch nicht, als etwa bei der Durchsetzung der Deportationen "rüstungswichtig" eingesetzter jüdischer Arbeit massive Widerstände von seiten der Firmen sowie einzelner Wehrmachtsabteilungen zu brechen waren. Zum anderen hätte schon ein Hinweis auf eine solche Führerweisung nach dem Kriege für die Gau- und Reichsleiter vor Gericht als Ausweis des Befehlsnotstands wie ein rettender Anker gewirkt. Aber weder hat Frank in seinem Nürnberger Verfahren darüber auch nur eine Andeutung gemacht, noch hat einer der zahlreichen Gauleiter unmittelbar nach dem Kriege oder später auf eine solche Grundsatzentscheidung, die ja für die Beteiligten nahezu als Sensation aufgefaßt worden sein mußte und derer man sich jederzeit erinnern würde, rekuriert.

Zusammengefaßt: Die von Gerlach herangezogenen Texte sind als Belege für die von ihm entworfene, sehr weitreichende These nicht ausreichend. In keiner einzigen Textstelle findet sich auch nur ein Hinweis auf eine Verkündung der "Grundsatzentscheidung" Hitlers zur "Endlösung der Judenfrage". Auch eine Untersuchung des Kontextes ergibt keine gesicherten Hinweise auf eine solche Rede mit einer expliziten Führerentscheidung. Insofern sind Gerlachs Vermutungen bei näherem Hinsehen zumindest als sehr spekulativ anzusehen. Insgesamt ist es nach Prüfung seiner Belege wahrscheinlicher, daß es eine derartige Entscheidungsverkündung nicht gegeben hat, als daß sie stattgefunden hat.

Das heißt aber noch nicht, daß Gerlachs Überlegungen in Bezug auf das Geschehen selbst falsch sind. Dazu ist es nötig, sich den engeren und weiteren Kontext der Situation vom Dezember 1941 etwas näher anzusehen.

In der Auseinandersetzung insbesondere der deutschen Zeithistoriker hatte sich die Debatte um die "Endlösung der Judenfrage" viele Jahre lang auf die Frage konzentriert, ob es überhaupt einen Befehl Hitlers zur Endlösung der Judenfrage gegeben habe oder nicht. Die einen, wie Eberhard Jäckel oder Klaus Hildebrand, gingen strikt davon aus, ohne einen Befehl Hitlers hätte ein solches Vorhaben wie der Genozid an den Juden nie in Gang gesetzt werden können. Ihre Argumente zielten dabei einerseits auf die Stellung Hitlers innerhalb des NS-Regimes ab, zum anderen auf seine vielfachen und denkbar radikalen antisemitischen Äußerungen vor und nach 1933, die in dieser Sicht als "Programm" zur "Endlösung" interpretiert wurden. Dem standen andere Historiker gegenüber, vor allem Hans Mommsen und Martin Broszat, die darauf verwiesen, daß der "Holocaust" an den Juden als ein schrittweise eskalierender Prozeß, als "kumulative Radikalisierung, zu verstehen sei, der nicht auf einen einzigen Impuls von oben zurückgehe, sondern Ausdruck vielfacher, sich schnell beschleunigender Entwicklungen sowohl in der Berliner Zentrale wie in den besetzten Gebieten vor allem Osteuropas sei. Diese Debatten der 70er und 80er Jahre waren jedoch weitgehend im Theoretischen verbliebenen; die Beiträge deutscher und österreichischer Historiker zur empirischen Erforschung des "Holocaust" waren jahrzehntelang nicht bedeutend. Das begann sich erst seit den späten 80er Jahren zu ändern. Durch Arbeiten von Götz Aly und Susanne Heim, von Dieter Pohl, Thomas Sandkühler, Walter Manoschek, Hans Safrian, Michael Wildt, Ralf Ogorreck, Michael Zimmermann und anderen, sowie nicht zuletzt von Christian Gerlach selbst, dessen große Studie über die deutsche Besatzungs- und Vernichtungspolitik in Weißrußland kurz vor der Veröffentlichung steht, sind nun neue Grundlagen für eine intensivere Erforschung des Gesamtgeschehens und seine Interpretation geschaffen worden. Für den hier angesprochenen Zusammenhang ergibt sich daraus eine Reihe von Erkenntnissen:

Zum einen wird deutlich: Der Judenmord ist kein abgetrenntes, von der übrigen Verfolgungs- und Besatzungspolitik der Deutschen prinzipiell zu unterscheidendes Geschehen. Er steht vielmehr in direkter Verbindung zu zahlreichen anderen "Maßnahmen" zur Neuordnung des Kontinents, insbesondere mit der Hungerstrategie gegenüber der sowjetischen Bevölkerung, den zahlreichen Deportations- und Vertreibungsmaßnahmen zur "völkischen Neuordnung" Mittel- und Osteuropas sowie den Programmen zur "Ausmerze" anderer Gruppen, die als "Minderwertig" angesehen wurden, vor allem dem Massenmord an den Behinderten sowie der Verfolgung der "Zigeuner". Diese Verbindungen werden nicht nur konzeptionell sichtbar, sondern auch in den Personen der Verantwortlichen, ob in der "Kanzlei des Führers", im Reichssicherheitshauptamt oder der SS.

Zum anderen geht aus allen neueren Arbeiten hervor, daß es sich bei der Inangsetzung des Genozids in der Tat um einen Prozeß der allmählichen, bald rasenden Radikalisierung gehandelt hat. In Bezug auf die Bereitschaft zur Ermordung großer Menschengruppen als Mittel der Politik sind hierbei insbesondere im Verlaufe des Jahres 1941 mehrere Radikalisierungsschübe deutlich zu erkennen; im März, im August, im Oktober, im Dezember. Betrachtet man die Entwicklung in Polen und der Sowjetunion, aber auch im Westen Europas insgesamt, so kann man die zwölf Monate von dem Beginn der Massenerschießungen sowjetischer Juden im Juli 1941 bis zum Funktionieren des europaweiten, systematischen Völkermords im Frühsommer 1942 als Konstituierungs- und Vereinheitlichungsphase des Genozids erkennen. Dabei tritt sehr deutlich die große Bedeutung vor Augen, die hierbei den deutschen Machthabern in den Regionen Osteuropas

zukommt. In dem wetteifernden Bestreben, "ihre" Regionen möglichst schnell "judenfrei" zu machen, waren sich dabei nahezu alle einig. Allerdings wird ebenfalls deutlich, daß noch bis ins frühe Jahr 1942 hinein die Wege, auf welchen man die Juden "loswerden" könne, vielfach noch nicht klar waren. In den besetzten Gebieten der Sowjetunion hatten sich die bereits im Juli 1941 beginnenden Massenerschießungen jüdischer Männer bald auch auf Frauen und Kinder ausgeweitet; und spätestens seit Anfang Oktober 1941 zielten die Massenmordaktionen der Verbände von Einsatzgruppen, Waffen-SS und Ordnungspolizei auf die Vernichtung aller im Gebiet der Sowjetunion lebenden Juden. Bis zum Ende des Jahres 1941 waren auf diese Weise nahezu eine Million Juden umgebracht worden.

In Polen jedoch war zur gleichen Zeit die Praxis der Deutschen gegenüber den Juden noch ganz uneinheitlich. Während in Galizien ähnlich wie im Sommer in der Sowjetunion bereits Massaker an der jüdischen Bevölkerung begangen wurden, setzten zu dieser Zeit in anderen Teilen des Landes erst Überlegungen ein, was man mit den Juden tun solle, wenn man sie nicht, wie eigentlich gedacht, "in den Osten" abschieben konnte. Um deutlich zu machen, daß man die Juden nicht "behalten" könne und um den Entscheidungsdruck auf die Zentrale in Berlin zu erhöhen, sorgten viele regionale Machthaber in Polen dafür, daß die Lage der Juden in den Gettos immer "unhaltbarer" wurde, so daß Vorschläge wie die des SD-Funktionärs Höppner vom 16. Juli 1941 (Es sei womöglich "die humanste Lösung, die Juden, soweit sie nicht arbeitseinsatzfähig sind, durch irgendein schnellwirkendes Mittel zu erledigen. Auf jeden Fall wäre dies angenehmer, als sie verhungern zu lassen") sich wie von selbst zu ergeben schienen. Eine klare Vorgabe, eine Entscheidung, was nun mit den Juden geschehen solle, wenn man sie wegen der militärischen Entwicklung weder nach Madagaskar noch nach Sibirien noch an irgendeinen anderen Ort "im Osten" deportieren konnte, gab es jedoch nicht, so daß der Druck aus den besetzten Gebieten in den letzten Wochen des Jahres immer stärker wurde, und nicht nur aus dem Osten. Auch aus Westeuropa gab es bereits Anfragen, wie nun in der Judenfrage weiter zu verfahren sei, und in Frankreich hatten die Beamten des deutschen Militärbefehlshabers in Paris von sich aus den Plan entwickelt, auf Attentate auf deutsche Soldaten mit der Deportation von Juden "in den Osten" zu reagieren.

In dieser Situation, das ist leicht nachvollziehbar, wirkte der Kriegseintritt der USA in Bezug auf die deutsche Judenpolitik, ähnlich wie die Nachricht vom Tode des deutschen Gesandten vom Rath am 9. November 1938, wie die Entzündung eines seit langem entstandenen explosiven Gemischs. Der Berliner Historiker Ludolf Herbst hat die Struktur der Entscheidung für den Genozid treffend als "Entkoppelungsprozeß" bezeichnet: Hemmende, retardierende Faktoren, die die vollständigsten und radikalsten Maßnahmen lange Zeit ausgeschlossen hatten und als gar nicht realistisch hatten erscheinen lassen, wurden hierbei nach und nach ausgeschaltet. Dies trifft auf die Situation nach dem amerikanischen Kriegseintritt in besonderer Weise zu. Dabei spielt der Bezug auf Hitlers "Prophezeiung" eine zentrale Rolle: Durch die hier vorgenommene Interpretation des amerikanischen Kriegseintritts als gelungenen Versuch der Juden, "die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen", wird eine Politik der Vernichtung aller Juden zu einer sowohl defensiven wie gerechtfertigten Maßnahme stilisiert, die zudem zuvor angekündigt worden sei. Da "die Juden" diese Reaktionsdrohung nun ignoriert und den Weltkrieg vom Zaun gebrochen hätten, sei die angekündigte "Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa" legitim und nachgerade unvermeidlich.

Nun ist es zweifellos so, und Gerlach kann dies in seinem Aufsatz überzeugend darlegen, daß etwa seit Mitte Dezember 1941 in Bezug auf die "Judenpolitik" nicht nur hektische Aktivitäten einsetzten - wie übrigens in fast allen anderen Politikbereichen auch, weil nun die nun erforderliche Umstellung auf einen langen Abnutzungskrieg, dessen Ausgang nicht mehr

so eindeutig vorhersagbar schien wie noch Wochen zuvor, alle Ressorts berührte - , sondern auch ein politischer Paradigmenwechsel stattfand. Während noch im Oktober 1941 vielfältige Überlegungen über das Schicksal der Juden im Schwange waren und selbst Höppner seinen "Vorschlag" eines "schnellwirkenden Mittels" noch als "phantastisch" apostrophierte, war das von Heydrich auf der "Wannseekonferenz" vorgelegte Programm zur "Endlösung der Judenfrage", das die sofortige oder baldige Ermordung aller Juden Europas explizit formulierte, schon nicht mehr Gegenstand kontroverser Diskussion. Lediglich die Frage der Einbeziehung der deutschen "Halbjuden" in das Mordprogramm war noch umstritten.

Insofern ist Gerlachs Datierungsversuch durchaus einleuchtend; vieles, wenn nicht alles spricht auf der Grundlage unserer gegenwärtigen Kenntnisse dafür, den Umschlag der deutschen Politik vom Massenmord zum systematischen Genozid auf die Zeit zwischen Mitte Dezember 1941 und Mitte Januar 1942 anzusetzen.

Nicht überzeugend hingegen ist Gerlachs Versuch, auf der Basis einer schmalen und durchaus nicht eindeutigen Belegstruktur auf eine explizite "politische Grundsatzentscheidung Hitlers" am 12. Dezember zu schließen. Betrachtet man genauer, wie sich Hitler in derartigen zugespitzten Krisensituationen üblicherweise zu verhalten pflegte, so tritt vor allem jene Kombination aus radikalen antisemitischen Ausfällen gegen die Juden, der Konstruktion historischer Gesetzmäßigkeiten und weitreichenden, aber stets allgemeinen Ankündigungen vor Augen. Im Dezember 1941, als vor allem die Vertreter der deutschen Besatzungsbehörden im Osten dringlich eine Entscheidung über das weitere Vorgehen gegen die Juden erwarteten und den Entscheidungsdruck immer stärker forciert hatten, ließ die von den NS-Machthabern durchweg geteilte Interpretation des amerikanischen Kriegseintritts als das Werk der Juden jeden Gedanken an eine "Lösung" der Judenfrage, die nicht erheblich radikaler sein würde als das bisherige Vorgehen, als undenkbar erscheinen. In dieser denkbar zugespitzten Situation aber war bereits eine simple Wiederholung seiner "Prophezeiung" vom 30.1.1939 durch Hitler ausreichend, um Männern wie Heydrich, Frank oder Rosenberg deutlich zu machen, daß Hitler auch der radikalsten aller "Lösungen" nicht entgegenstehen würde. Es widerspräche dem bei Hitler durchgehend zu beobachtenden Politikstil, auf solche Krisenlagen mit "Grundsatzentscheidungen", Anordnungen oder gar Befehlen zu reagieren. Hitler reagierte vielmehr mit rhetorischer Kraftmeierei, mit düsteren Prophezeiungen und Drohungen, die seinen Untergebenen freie Hand ließen und ihnen, selbst und vor allem, wenn sie alle Rücksichten fallen ließen, zugleich das Gefühl vermittelten, "im Sinne des Führers" zu handeln, ohne von ihm direkt dazu aufgefordert worden zu sein. Die von Gerlach gesammelten Hinweise deuten darauf hin, daß dies auch bei dem nach dem Kriegseintritt der USA offenbar vollzogenen entscheidenden Schritt zur "Endlösung der Judenfrage" nicht anders gewesen ist.

Damit aber war der Weg zum Völkermord frei. Der bemühten Konstruktion der Verkündung einer "Grundsatzentscheidung" Hitlers bedarf es dabei nicht.